**Grundantrag auf Gewährung eines Zuschusses für Fördervorgänge aus Mitteln**

**des Europäischen Meeres-, Fischerei- und Aquakulturfonds (EMFAF)**

**in der Förderperiode 2021 - 2027**

**Durch die zwischengeschaltete Stelle (LLnL) auszufüllen:**

|  |  |  |
| --- | --- | --- |
| qq |  | |
| Landesamt für Landwirtschaft und nachhaltige Landentwicklung | | Antragseingang:  (Datum des Posteingangs) | |
| Code des/der Begünstigten:  (individuell für jeden Begünstigten zu vergeben) | | Vorhabennummer:  Projekttitel: | |
| Art des Vorhabens:  (Anhang II Tabelle 7 VO 2022/79)  Interventionskategorie:  (Anhang II Tabelle 9 VO 2022/79) | | spezifisches Ziel:  aussagekräftige Kurzbeschreibung des Projektes liegt vor:  Ja  Nein | |

* **Sobald die Möglichkeit einer Online-Antragstellung etabliert ist, sind Förderanträge nach Art. 69 Abs. 8 der VO (EU) 2021/1060 bevorzugt elektronisch zu stellen.**
* **In Ausnahmefällen ist der Förderantrag nach vorheriger Zustimmung des Landesamtes für Landwirtschaft und nachhaltige Landentwicklung (LLnL) analog in einfacher Ausfertigung beim Landesamt für Landwirtschaft und nachhaltige Landentwicklung des Landes Schleswig-Holstein, Hamburger Chaussee 25, 24220 Flintbek einzureichen.**
* **Anträge, die nicht formgerecht oder unvollständig vorgelegt werden, gelten bis zum Zeitpunkt der Behebung der Mängel als nicht gestellt.**

# Bezeichnung des Vorhabens

|  |  |
| --- | --- |
| Kurztitel des Vorhabens |  |
| Ort, an dem das Vorhaben durchgeführt wird (Anschrift): |  |
| Umsetzungszeitraum | Beginn: Ende: |

# Allgemeine Angaben zum Antragsteller / zur Antragstellerin

|  |  |
| --- | --- |
| Name | Firma: |  |
| Geschlecht des/der Begünstigten | 01 - natürliche Person, männlich 02 - natürliche Person, weiblich 03 - natürliche Person, undefiniert 04 - mehr als eine natürliche Person, Familie 05 - mehr als eine natürliche Person, überwiegend männlich 06 - mehr als eine natürliche Person, überwiegend weiblich 07 - keine Angabe (bei juristischen Personen) |
| Angaben bei natürlichen Personen | Geburtsdatum: Ausweisnummer:  Steueridentifikationsnummer:  zuständiges Finanzamt: |
| Angaben bei juristischen Personen zu wirtschaftlichen Eigentümer/innen | **Für die wirtschaftlichen Eigentümer/innen einer juristischen Person ist anzugeben:** Name:Geburtsdatum:Steueridentifikationsnummer: Bei mehreren wirtschaftlichen Eigentümer/innen sind diese drei Angaben für jeden wirtschaftlichen Eigentümer/in ggf. auf einem gesonderten Blatt zu übermitteln.  **Für die antragstellende juristische Person ist anzugeben:**  Name: Steueridentifikationsnummer:zuständiges Finanzamt: |
| Geschäftssitz | Anschrift: |  |
| Ansprechpartner/in Projekt:Ansprechpartner/in Abrechnung: | Tel.:E-Mail:      Tel.:E-Mail: |
| Bankverbindung:Kontoinhaber/in:Kreditinstitut:IBAN: | DE |
| Rechtsform: | öffentlich-rechtlich privatrechtlich mit Rechtspersönlichkeit (z.B. GmbH) privatrechtlich ohne Rechtspersönlichkeit (z.B. OHG) natürliche Person |

|  |  |
| --- | --- |
| Einstufung des/der Begünstigten(für 04, 05 und 06 gemäß Anhang der EU-Empfehlung 2003/361) | 01 - Erzeugerorganisation (EO) 02 - Vereinigung von Erzeugerorganisation (VEO) 03 - Branchenverband (IBO) 04 - privates Unternehmen, Kleinstunternehmen 05 - privates Unternehmen, KMU (kleines u. mittleres Unternehmen) 06 - privates Unternehmen, Großunternehmen 07 - öffentliche Einrichtung 08 - Forschungszentrum, Universität, Wissenschaftler 09 - Nichtregierungsorganisation (NRO), Verein 10 - Bildungseinrichtung 11 - Lokale Aktionsgruppe (LAG bzw. FLAG) 12 - Einrichtung ohne Rechtspersönlichkeit 13 - internationale Organisation 14 - Kommissionsstellen und Agenturen 15 - natürliche Personen 16 – sonstiges |
| Kollektivität des/der Begünstigten | es handelt sich um keinen kollektiven Begünstigten es handelt sich um einen kollektiven Begünstigten  (Unter einem kollektiven Begünstigten versteht man u.a. einen Zusammenschluss, Organisationen von Erzeugern sowie örtliche Entwicklungsgruppen.) |
| Gesellschaftsrechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse:Eine Gewerbeanmeldung mit Datum vom:Handelsregistereintragung:Gegenstand des Unternehmens:Grund- oder Stammkapital:Geschäftsführung: | am Standort liegt dem LLnL vor  wird nachgereicht.  Ort:      unter der Nr.: |
| Liegt die Berechtigung zum Vorsteuerabzug – allgemein oder für das beantragte Vorhaben – nach § 15 UstG vor? Ja  Nein Liegt ein anderer Tatbestand vor, nachdem die MwSt rückerstattet wird?  Ja        Nein Gilt die Pauschalregelung für landwirtschaftliche Erzeuger? Ja  Nein | |

# Dem Antrag ist auf gesondertem Blatt ein Finanzierungsplan und eine Kurzbeschreibung der Maßnahme beizufügen

## **Beispiel** **Ausgaben**

Alle Ausgabenpositionen sind in der textlichen Darstellung ausführlich zu erläutern, soweit möglich sind Kostenvoranschläge als Anlage beizufügen.

**Bei Vorsteuerabzugsberechtigung Nettobeträge ansonsten Bruttobeträge eintragen.**

|  |  |  |
| --- | --- | --- |
| **Posten** | **Art der Ausgabe** | **Betrag in €** |
| a) | Gebäude |  |
| b) | Geräte/Maschinen und Anlagen |  |
| c) | Material |  |
| d) | Verbrauchsgüter |  |
| e) | Fremdleistungen |  |
| f) | Personalausgaben (siehe 4.2 & Anlage II zum Grundantrag) |  |
| g) | Sonstige unmittelbare Vorhabenausgaben |  |
|  | Insgesamt: |  |
| h) | Gemeinkosten (siehe Anlage II zum Grundantrag) |  |
| i) | Unvorhergesehenes max. bis zu 5 % der Ausgaben von a) bis d) |  |
|  | Gesamtausgaben: |  |

## **Beispiel Finanzierung**

|  |  |  |
| --- | --- | --- |
|  | **Art der Mittel** | **Betrag in €** |
| 1. | Einnahmen (Verkaufserlöse) aus dem Projekt |  |
| 2. | Private Ko-Finanzierung  (z.B. privates Darlehen[[1]](#footnote-1),  bare Eigenmittel) |  |
| 3. | andere Finanzierungsmittel[[2]](#footnote-2) |  |
| 4. | Öffentliche Ko-Finanzierung  Bundesmittel, Landesmittel, Kommunale Mittel, sonstige (Kammern, Kirche, Eigenmittel öffentlicher Träger) |  |
| 5. | Beantragter Zuschuss  Landesmittel  EU-Zuschuss (EMFAF) |  |
|  | Summe: |  |

## **Weitere öffentliche Zuwendungen, Drittmittel oder Einnahmen**

Für dieses Projekt wurden keine weiteren Zuwendungen von öffentlichen Stellen oder Dritten beantragt, noch ist dies beabsichtigt.

Bei folgenden Zuwendungsgebern wurde/wird ebenfalls ein Zuwendungsantrag gestellt:   
(Name, Anschrift, Art und Höhe der beantragten Mittel angeben)

Im Zusammenhang mit dieser Fördermaßnahme wurden/ werden

keine Einnahmen erzielt/  Einnahmen (z.B. durch Verkauf von im Projektrahmen produzierten Gütern) erzielt und im Finanzierungsplan dargestellt.

## Die unter 3.1 genannten Ausgaben verteilen sich voraussichtlich:

|  |  |
| --- | --- |
| **Jahr** | **Ausgaben** |
| 20 | € |
| 20 | € |
| 20 | € |
| 20 | € |

# Hinweise

## Im Fall der Förderung Ihres Vorhabens haben Sie zur Auszahlung der Zuwendungen Rechnungsbelege und Zahlungsnachweise vorzulegen. Die Belege müssen alle im Geschäftsverkehr üblichen Angaben und Anlagen enthalten. Dazu gehört bei Rechnungen auch das Auftrags- und Liefer- bzw. Einbaudatum. Belege, die diesen Anforderungen nicht genügen, werden grundsätzlich von der Förderung ausgeschlossen.

## **Personalausgaben** müssen begründet und angemessen sein. Sie müssen durch Arbeitsverträge, Stundennachweise und entsprechende Zahlungsnachweise nachgewiesen werden. Es sind lediglich im Rahmen des Projektes tatsächlich entstandene Ausgaben (Gehalt/Lohn + Arbeitgebersozialversicherungsbeiträge) förderfähig. Es werden maximal Ausgaben bis zur Höhe eines vergleichbaren Beschäftigten nach TV-L bzw. TVöD als förderfähig anerkannt.

## Bei **Änderungen** Ihres in diesem Antrag beschriebenen Vorhabens (z.B. bei den Investitionen oder den geplanten Ausgaben) müssen Sie unverzüglich einen schriftlichen Änderungsantrag stellen.

# Grundlagen sind neben den Antragsunterlagen:

## die einschlägigen europarechtlichen Bestimmungen zur Förderung des Fischerei- und Aquakultursektors in der Förderperiode 2021 bis 2027, insbesondere

* + - die Verordnung (EU) 2021/1060 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Juni 2021 mit gemeinsamen Bestimmungen für die Europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESI-Verordnung),
    - die Verordnung (EU) 2021/1139 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. Juli 2021 über den Europäischen Meeres-, Fischerei- und Aquakulturfonds (EMFAF-Verordnung),
    - die einschlägigen von der Europäischen Kommission erlassenen delegierten Verordnungen und Durchführungsverordnungen,

## das Gesetz zur Veröffentlichung von Informationen über die Empfänger von Mitteln aus dem Europäischen Fonds für Landwirtschaft und Fischerei (Agrar- und Fischereifonds-Informations-Gesetz – AFIG ) in der derzeit gültigen Fassung,

## das Schleswig - Holsteinische Landesverwaltungsgesetz in der derzeit gültigen Fassung, insbesondere die §§  116, 117 und 117 a,

## die Landeshaushaltsordnung, insbesondere § 44 LHO nebst Verwaltungsvorschriften,

## die Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung (ANBest-P, ANBest-K) in der jeweiligen aktuellen Fassung und

## die jeweilige Landesförderrichtlinie, benannt in der Anlage.

# Eigene Erklärungen des Antragstellers

## Ich/Wir erkläre/n, dass mit dem Vorhaben

noch nicht begonnen wurde und auch vor Bekanntgabe des Zuwendungsbescheides nicht begonnen wird, es sei denn, es liegt eine Genehmigung zum vorzeitigen Maßnahmebeginn von der Bewilligungsbehörde vor.

am       begonnen wurde,   
eine Genehmigung zum vorzeitigen Beginn  lag vor  lag nicht vor.

Als Vorhabenbeginn ist grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrages zu werten.

## Ich/Wir erkläre/n, dass die in diesem Antrag (einschl. Anlagen) gemachten Angaben vollständig und richtig sind und mit den beantragten Zuwendungen keine Doppelförderung vorliegt.

## Ich/Wir erkläre/n, dass kein gewerberechtliches Untersagungsverfahren nach § 35 Gewerbeordnung gegen mich/uns anhängig ist oder eine Gewerbeuntersagung erfolgt ist.

## Ich/Wir erkläre/n, dass gegenwärtig keine Zwangsvollstreckungsmaßnahmen gegen das Unternehmen betrieben werden und solche Maßnahmen nach Kenntnisnahme von mir/uns umgehend der Bewilligungsbehörde angezeigt werden.

## Ich/Wir erkläre/n, dass das Unternehmen gegenwärtig nicht Gegenstand eines Insolvenzverfahrens ist und die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens von mir/uns umgehend der Bewilligungsbehörde angezeigt wird.

## Mir/uns ist bekannt, dass der Begünstigte nach § 1 des Subventionsgesetzes für das Land Schleswig-Holstein (Landessubventionsgesetz, LSubvG) vom 11. November 1977 (GVOBl. Schl.-H. S. 489) in Verbindung mit § 3 des Gesetzes gegen missbräuchliche Inanspruchnahme von Subventionen (Subventionsgesetz, SubvG) vom 29. Juli 1976 (BGBl. I S. 2034, 2037) verpflichtet ist, unverzüglich alle Tatsachen mitzuteilen, die für die Bewilligung, (Weiter-)Gewährung, Inanspruchnahme, Rückforderung oder das Belassen einer Subvention erheblich sind.

## Hiermit erkenne(n) ich/wir an, dass alle Tatsachen, von denen die Bewilligung, Gewährung, Rückforderung oder das Belassen der beantragten Förderung abhängig sind, subventionserheblich im Sinne von § 264 des Strafgesetzbuches (Subventionsbetrug) sind. Hierzu gehören insbesondere:

* + - das Erreichen des Zuwendungszweckes einschließlich seiner qualitativen Merkmale, Ziele und Wirkungen
    - das Aufrechterhalten des Zuwendungszweckes in der festgelegten Zweckbindungsfrist
    - die Angaben in diesem Antrag und den beigefügten Anlagen
    - die Benennung von Angaben, die zur Auswahl meines/unseres Projektes führten
    - die Angaben in den Verwendungsnachweisen, Zahlungsanträgen und den Originalrechnungen und Zahlungsnachweisen, die belegen, dass mir/uns die Ausgaben tatsächlich, endgültig und für tatsächlich erbrachte Leistungen entstanden sind
    - die Sachverhalte, von denen der Widerruf oder die Rücknahme der Bewilligung und die Erstattung der Zuwendung abhängen

Subventionserheblich sind ferner solche Tatsachen, die durch Scheingeschäfte oder Scheinhandlungen verdeckt werden sowie Rechtsgeschäfte oder Handlungen, die im Zusammenhang mit der Zuwendung unter Missbrauch von Gestaltungsmöglichkeiten vorgenommen werden (§ 1 LSubvG i.V.m. § 4 SubvG).Falsche, unvollständige oder unterlassene Angaben hierzu können einen Subventionsbetrug im strafrechtlichen Sinne (§ 264 StGB) begründen.

Mir/uns ist bewusst, dass ich/wir die Bewilligungsbehörde umgehend über Änderungen von subventionserheblichen Tatsachen zu informieren habe(n) (Offenbarungspflicht nach § 1 LSubvG i.V.m. § 3 SubvG).

## Ich/Wir erkläre/n mich/uns bereit, der Bewilligungsbehörde ggf. erforderliche weitere Unterlagen auf deren Anforderung vorzulegen.

## Ich/wir verpflichte(n) mich (uns) bei allen Veröffentlichungen über das bewilligte Projekt einen Hinweis auf die Förderung aus Mitteln der EU und des Bundes in geeigneter Weise aufzunehmen. Weitere Informationen hierzu erfolgen im Falle einer positiven Bescheidung dieses Antrags.

## Ich/wir erkläre(n) mich (uns) damit einverstanden, dass die im Förderantrag angegebenen Daten und die gewährten Subventionen zur Feststellung der Steuerpflicht und Steuererhebung den zuständigen Finanzbehörden übermittelt werden dürfen und die Unterlagen, die für die Bemessung der Förderung von Bedeutung sind, mindestens 10 Jahre aufzubewahren sind.

## Ich/Wir erkläre(n), das Vorhaben so vorzubereiten und umzusetzen, dass die Einhaltung der Charta der Grundrechte der Europäischen Union und die Gleichstellung von Männern und Frauen sichergestellt, sowie Form der Diskriminierung aus Gründen des Geschlechts, der Rasse, der ethnischen Herkunft, der Religion oder der Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung ausgeschlossen werden.

## Ich/Wir bin/sind damit einverstanden, dass das Land Schleswig-Holstein bei positiv erfolgter

* Beschlussfassung über Förderung oder
* Bewilligung oder
* Durchführung/Abschluss des Vorhabens

über das Vorhaben bei Bedarf im Rahmen von Veröffentlichungen oder Presseerklärungen die Öffentlichkeit informiert.

ja  nein

Ort /Datum Firmenstempel und rechtsverbindliche Unterschrift(en) (zusätzlich in Druckbuchstaben)

1. Darlehensbestätigungen mit Angabe der Darlehensbedingungen beifügen. [↑](#footnote-ref-1)
2. Art der Mittel erläutern. [↑](#footnote-ref-2)